

Magedeburger Erklärung - Herbstkonferenz der innenpolitischen Sprecher von CDU/CSU in Bund und Ländern am 16./17. November 2017

Auf Einladung von **Chris Schulenburg**, innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt, kamen die innenpolitischen Sprecher von CDU/CSU in Bund und Ländern unter der Leitung von **Thomas Blenke**, Vorsitzender der Konferenz sowie stv. Fraktionsvorsitzender und innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, in Magdeburg zusammen, um aktuelle innenpolitische Themen zu beraten und gemeinsame Positionen zu erarbeiten. An der Beratung nahmen auch die Innenminister aus Sachsen-Anhalt, Holger Stahlknecht, sowie aus Hessen, Peter Beuth, teil.

Zentrale Forderungen der Herbstkonferenz der innenpolitischen Sprechertagung sind:

- Länder, bei denen die Anerkennungsquote der Schutzsuchenden unter 5 Prozent liegt, müssen automatisch „sichere Herkunftsstaaten“ werden
- Familiennachzug muss abgeschafft werden
- Verlängerung des Aufenthalts in Erstaufnahmeeinrichtungen regelmäßig bis zu 24 Monate
- Stärkere Einbindung des Bundes zur Verbesserung der Rückführungen abgelehnter Asylbewerber

- Linksextremismus muss bundesweit bekämpft und aufgearbeitet werden
- Einstellung staatlicher Förderung für linksextremistische Keimzellen

Ein Kernthema war der Stand der Sondierungsgespräche auf Bundesebene. Zu den strittigen Migrationsthemen positionierten sich die Innenpolitiker dahingehend, dass weitere Maßnahmen ergriffen werden müssten, die Migration zu begrenzen. Große Zustimmung fand der Gedanke, die Aufnahme- und Rückführungspraxis bundeseinheitlich auszugestalten. Klar muss sein, diejenigen, die kein Bleiberecht haben, müssen das Land schnellstmöglich wieder verlassen. Auch der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte muss abgeschafft werden.

Zudem formulierten die Innenpolitiker die Forderung, dass alle Länder, bei denen die Anerkennungsquote unter 5 Prozent liegt, automatisch zu sicheren Herkunftsstaaten werden müssen. Bereits heute haben die Länder die Möglichkeit, die Verweildauer für Asylsuchende in den Erstaufnahmeeinrichtungen auf 24 Monate zu verlängern. Diese 24 Monate müssten die Länder als verpflichtend ansehen.

Besonderes Augenmerk wurde in den Beratungen zudem auf die Ereignisse rund um den G20-Gipfel in Hamburg gelegt. Die Innenpolitiker sind immer noch geschockt über das Ausmaß an Gewalt in Hamburg. Es ist erschütternd, dass Polizisten ihren Kopf für sinnlose und dumme Gewalt hinhalten mussten. Sie verdienen unsere höchste Anerkennung und unseren Dank. Wir leben in einem sicheren Land. Um diese Sicherheit auch in Zukunft zu gewährleisten, müssen extremistische Strukturen bereits im Keim erstickt werden. Die Schließung von autonomen Zentren wie die ‚Rote Flora‘ in Hamburg muss daher schnell erfolgen.

Vorgänge in der linksextremistischen Szene ähnelten sich bundesweit. Neben der Roten Flora in Hamburg sei beispielhaft die starke linksautonome Szene in Leipzig Connewitz zu nennen.

Im Hinblick auf die gewalttätigen Ausschreitungen in Hamburg im Zeitraum des G20-Gipfels muss man von einer erhöhten Bereitschaft für Gewalt durch linksextreme Gruppen ausgehen. Das Thema Linksextremismus muss daher in allen Bundesländern aufgearbeitet werden.